

Liebe Leser,

einen herzlichen Gruß an die Schülerinnen der Klasse 9 c der Anne-Frank-Realschule! Die haben mit dem Schulprojekt „Klasse“ unsere Zeitung unter die Lupe genommen und dabei herausgefunden, dass im Lokalteil München viel häufiger Berichte aus der Innenstadt oder aus „Szene-Vierteln“ wie Schwabing stehen als aus anderen Stadtteilen. Mag sein, dass dort mehr los ist oder dass dort mehr Münchner ausgehen. Mir geht es jedenfalls so, dass ich gerne im ruhigen Vorstadtviertel Großhadern wohne, aber doch eher „in der Stadt“ ausgehe. Liebe Anne-Frank-Schülerinnen, was habt Ihr noch so über uns herausgefunden?



Christian Vordemann
 Redaktion
 Leserbriefe

Pflegeheime müssen abrechnen

„Skandalöse Zustände in Pflegeheim“;
Bayern 18. Mai, und
 „Heimskandal: Pflegerin wird angefeindet“;
Bayern 19. Mai

„Wo bleiben Politiker, Heimaufsicht und Medizinischer Dienst der Krankenversicherung (MDK), die der Pflegekraft Frau Stephanie Flähmig beiseitestehen und offen diese Missstände in diesem Heim zugeben? Es ist ja nicht das erste Heim der Diakonie, das Missstände aufweist. Welchen Druck muss die Diakonie-Belegschaft des Stephanus-Pflegeheims in Dinkelsbühl ausgesetzt sein, dass sie sich mit ihrem Arbeitgeber „arrangieren muss“, um Unterschriften gegen die Vorwürfe zu sammeln? Hier wird Mobbing schon von oberster Stelle propagiert. Der Fisch stinkt immer vom Kopf. Dass die Diakonie kein unbeschriebenes Blatt ist, zeigt auch ein Bericht, in welchem berichtet wird, dass die Diakonie in steigendem Maße die Interessen ihrer Beschäftigten missachtet. Hier muss an erster Stelle die Gewinn-Gier der

Diakonie in den Raum gestellt werden, dass solche Missstände überhaupt in ihren Heimen auftreten können. Weiter steht die Unfähigkeit des Heimleiters oder Geschäftsführers im Raum, solche perverse Pflege zuzulassen. Eine beherzte Pflegekraft auf das Übelste zu denunzieren, ist eine Schande oberster Güte! Gemeinnützig sind diese Verbände schon lange nicht mehr – sie sind gemeinnützig!

Wenn werden Heime durch die Politik gezwungen, ihre Pflegekosten offenzulegen? Die Pflegestufe III umfasst eine Pflegezeit pro Tag von 300 Minuten = 5 Stunden. Würden jedem Pflegebedürftigen der Stufe III diese Pflege pro Tag zuteil, wäre auch in den Heimen eine menschliche Pflege gewährleistet. Heime sind Dienstleister, die auf Grund eines Heimvertrages Verantwortung für Pflegebedürftige übernehmen haben. Warum sollen solche Dienstleister von monatlichen maschinellen Abrechnungen verschont werden? Auftraggeber ist immer noch der Pflegebedürftige

ge bzw. sein Angehöriger oder Betreuer. Transparenz der Heime gehört auf den Tisch und am Jahresende die Bilanzen pro Heim! Jede couragierte Pflegekraft, die Charakter zeigte und Missstände öffentlich machte, wurde von Politik, MDK und Heimaufsicht im Regen stehen gelassen. Solch einer Pflegekraft gehört das Bundesverdienstkreuz verliehen und nicht, dass sie am Ende der Hetzjagd von Arbeitgeber und restlichen Beschäftigten auf Hartz IV angewiesen ist bzw. aus Frust und seelischen Notstand den Altenpflegeberuf verlässt.“

Roswitha Hiefinger
 Volkenschwand

„In erster Linie zolle ich den beiden jungen Pflegekräften Anerkennung, Dank, Respekt für ihr mutiges Vorgehen und ihre große Zivilcourage, um weiteren Schaden abzuwenden bei älteren und meist schwerstkranken Menschen. Ich gehe davon aus, dass die beiden Berufsanfänger nicht nur Unterstützung von ihren Vorgesetzten bekommen, sondern dass dies auch in den

Medien entsprechend gewürdigt wird, nur so können auf lange Sicht die ‚Schwarzen Schafe‘ eliminiert werden. Es zeigt sich hier wiederum ein Systemfehler und von den Verantwortlichen hört man allorts großes Bedauern und Wehklagen. Aber keiner ist anscheinend bereit, eine Analyse zu erstellen. Warum nicht? Liegt es vielleicht auch am Personalschlüssel? Geld ist in der Pflege genügend vorhanden. Dies wissen auch die Politiker. Bloß wo versickert dieses Geld? Warum geht die Politik gegen diese Mächenschaften nicht entschieden vor? Wer sitzt in den Gremien für die Kontrolle der Altenheime? Der Landrat, der Oberbürgermeister, die Präsidenten der zuständigen Verbände, die auf einmal eine zusätzliche Einnahmequelle versiegen sehen. Wann setzt die Politik gemäß XI. Sozialgesetzbuch, Paragraph 105, die maschinenlesbaren Abrechnungen durch, die seit dem 1. Januar 1996 gefordert werden? Das Bundesministerium für Gesundheit hat bereits vor Jahren nach dem Pflege-Qualitätssi-

cherungsgesetz (PQsG), den Nachweis des Personalabgleichs, Paragraph 80 a Abs. 5 SGB XI-E gefordert, weil von 22 Pflegeeinrichtungen 18 Einrichtungen, die im Frühjahr 2000 durch den MDK kontrolliert wurden, nicht den entsprechenden Pflegeschlüssel eingehalten haben. „Eine vertragswidrige Unterbesetzung von zehn Vollzeitkräften bedeutet, auf ein Jahr hochgerechnet, einen Erlös („windfall-profit“) von rund 800 000 DM, dem keine entsprechende Leistung der Pflegeeinrichtung gegenübersteht.“ Ich darf auch noch den bayerischen Ministerpräsidenten zitieren, der beim 35. Pflegestammtisch in München am 12. Oktober 2005 sagte, als er noch Vorsitzender des VdK war, dass Heime die größten Dunkelkammern Deutschlands sind. Hier fällt mir nur ein: Kostenoffenlegung und solch mutige Pfleger mit Zivilcourage und Ausschalten der untätigen Politiker. Nur so können wir diese Probleme lösen.“

Kurt Hanauer
 Mitinitiator des Nürnberger
 Pflegestammtisches

MEINUNGEN IN KÜRZE

Glaube muss nicht darunter leiden

47 Millionen Jahre alt
 „Herr Präsident Obama hat schon viele Fehler seines Vorgängers korrigiert. Er kann aber noch nicht damit aufhören. Laut Herrn W. Bush gilt in den USA die Bibel-Version von der Entstehung der Erde. Hatte nicht sogar eine Gruppe der alten US-Regierung die Bibel-Version in die Schulbücher gezwungen? Nun, da man mit einem 47-Millionen-Jahre-Äffchen ein Beweis für eine sehr langsame Entstehung der Erde gefunden hat, gilt nicht mehr die Möglichkeit einer 6-Tage-Erstellung (am 7. Tag war Ruhe). Der Glaube muss aber nicht darunter leiden, wenn die Kirche nur noch auf das ‚Anschließen der Welterstehung‘ durch Gott besteht, oder?“

Norbert Lang
 Langenfeld

Servicewüste Deutschland

Telefon-Abzocke
 „Ja, seriöse Firmen stecken nicht immer hinter seriösen Werbebriefen, Werbetelefonaten oder Werbeständen, zum Beispiel bei bekannten Elektronik-Centern oder Medien-Märkten. Mir wurde von Kabel Deutschland versprochen, drei Monate vor Ablauf meines alten Telefonnetzes die ersten drei Monatspauschalen zu erlassen; sowohl schriftlich als auch telefonisch. Und was ist rausgekommen? Doppelte Kosten und Ärger mit der Erreichbarkeit. Auf E-Mails wird erst in vier Wochen geantwortet und keiner bei Kabel Deutschland will sich noch ans Versprechen erinnern. Ich sage und schreibe nur: Servicewüste Deutschland, und schon wieder ein Kapital mehr.“

Bernhard Mönch
 München

Interessen der Lobbyisten

Demokratie
 „So mancher mag sich fragen, was nach den Schrecken der zwei Weltkriege als ein zartes Pflänzchen der Demokratie entstand, heute noch davon übrig ist. Sind unsere großen Volksparteien nicht schon längst zu Organisationen geworden, in denen die Wirtschaftsinteressen bestimmter Gruppen inzwischen Machtpositionen eingenommen haben, die bestimmen, was Sache ist? Wenn Lobbyisten ihre Wunschzettel als Gesetzentwürfe einbringen dürfen und Politiker diese abnicken, weil sie die globale Wirtschaft sowieso nicht verstehen, dann sind dem Chaos Tür und Tor geöffnet.“

Eddie B. Keisinger
 Emmering

Schreiben Sie uns

Wir legen Wert auf Ihre Meinung. Ihre Zuschriften sollten sich auf jüngste Veröffentlichungen in dieser Zeitung beziehen, Ihren vollständigen Namen, Anschrift und Telefonnummer tragen und nicht zu lang sein (Kürzungen behalten wir uns vor). Weitere Leserbriefe finden Sie auch unter www.merkur-online.de.

Münchner Merkur
 Paul-Heysel-Straße 2-4
 80336 München

Fax: 089 / 5306 - 86 62
SMS: 01 60 / 97 00 27 10

E-Mail: leserbriefe@merkur-online.de

Laim und Pasing beachten

„Merkur in der Schule“

„Die Anne-Frank-Realschule ist eine moderne Schule, so veranstalten alle 9. Klassen Projekte im Sinne von Mädchen und Technik. Im Rahmen des Deutschunterrichts untersuchten wir die Merkur-Ausgaben von Ende Januar bis Ende April. Wir suchten danach, wie oft die Stadtteile, in denen die Schülerinnen der 9c wohnen, im Lokalteil ihrer Zeitung erwähnt werden. Da

der Großteil unserer Klasse aus den Stadtteilen Laim, Pasing, Obermenzing, Aubing, Hadern und Menzing kommt, haben wir unser Untersuchungsrastraster auf diese Stadtteile angelegt. Wir fanden heraus, dass in 75 Ausgaben unsere Stadtteile ganze 22-mal erwähnt werden. Anscheinend ist es dem MM noch nicht aufgefallen, dass Pasing bereits seit 1938 zur Landeshauptstadt München gehört. Vielleicht sollte man sich

nicht nur auf die Szeneviertel wie Schwabing, Haidhausen und die City konzentrieren, sondern alle Münchner ansprechen. Der Merkur wird ja bekannterweise hauptsächlich in den bürgerlichen Randvierteln gelesen. So wäre es doch nur gerecht, seinen Fokus zu erweitern und die ‚zukünftigen Szeneviertel‘ wie Laim und Pasing häufiger zu erwähnen.“

Martha, Marlisa, Nadja
 München

Zum Wohle unserer Kinder

Dirk Walter: „Streit um den Ansturm auf die Gymnasien“; Bayern 25./24. Mai

„Gebetsmühlenartig wird die ideologische Komponente der ‚gemeinsamen Schulzeit‘ wiederholt und dabei kommen immer wieder die Üblichen aus den Reihen der linken Parteien zu Wort. In Norddeutschland, in meiner Heimat, ist doch ein Abitur an einer Gesamtschule gerade nichts wert. Die Leistungen liegen dort meistens im Bereich der ‚Mittleren Reife‘ in Bayern. Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung hat hierzu einige Experten erbracht. Die gebetsmühlenartig wiederholte Forderung verschiedener Verbände und Parteien nach einer längeren gemeinsamen Schulzeit ist

rein ideologisch begründet – es gibt keine seriöse Untersuchung als Beleg dafür. Im Gegenteil, drei Beispiele sprechen für eine frühzeitige Differenzierung vor der Pubertät. 1. Harvard-Studie 2007: Nach dem 10. Lebensjahr steigt die Leistung in den geistigen, aber auch in den motorischen Bereichen kaum mehr an. 2. Prof. Heller (Uni Erlangen-Nürnberg): Bei der Mehrzahl der Schüler ergeben sich bei späteren Schullaufbahnentscheidungen mehr Nachteile als Vorteile, weil das Risiko, individuell schulisch nicht angemessen gefördert zu werden, wächst. 3. Prof. Lehmann (Elementarstudie 2007, Berlin): Frühzeitige Schullaufbahnentscheidungen begünstigen optimale individuelle Bildungserfolge.

Das Geschrei der Politiker aus den Reihen von SPD und Grünen ist nur Schauspiel. Zuerst forderten gerade diese Parteien, dass der Übertritt bei allen Kindern leichter werden sollte. Die Staatsregierung hat dies umgesetzt und nun wird nach mehr Schulen und Eingangsklassen gerufen. Was nützt es, wenn alle Kinder auf eine Gesamtschule gehen und am Ende ihre Begabungen durch eine Gleichmacherpolitik zunichtegemacht wurden? Ich begrüße es, dass Kultusminister Spaenle den Übertritt nach der vierten Klasse für richtig hält, und hoffe zum Wohle unserer Kinder, dass sich andere Vorstellungen nicht durchsetzen werden.“

Ilka Lehmann
 München

Nasses Vergnügen am Wasserskilift

„Nass wird man sowieso, deshalb gehen meine beiden Buben am liebsten an einem regnerischen Tag an die Wasserzuanlage am Hödenauer See in Kiefersfelden, denn dann müssen sie am wenigsten anstehen“, schreibt Anja Kiebler. Das Foto zeigt ihren neunjährigen Sprossling Xaver beim „Wakeboarden“. Ideal natürlich, wenn es morgens noch aus Kübeln schütet und am Wasserskilift angekommen die Sonne zu scheinen beginnt. Wenig Leute, viele Runden mit dem „Wakeboard“ auf dem Wasser – und Muskelkater garantiert!



Keine Minderheit

„Nur Wirte gewinnen“;
Leserbriefe 16./17. Mai

„Hier Zahlen und Fakten, die allen Kritikern ein anderes Bild geben. Gastronomie- und Hotellerie-Mitarbeiter in Deutschland – das sind zirka 1 200 000 Arbeitnehmer, in der Autoindustrie 780 000. Wo ist nun die Minderheit? Steuererleichterung oder Subvention: Subvention des Staates zur Stützung der Autoindustrie (kein Darlehen): 850 Milliarden. Steuererleichterung Gastronomie und Hotellerie: 3,8 Milliarden. Diese 3,8 Milliarden werden durch Investitionen, Neueinstellungen und Preissenkungen weitergegeben. In Österreich besteht seit vielen Jahren eine Mehrwertsteuer von 10 %, bei gleichen Preisen wie in Deutschland. Dies ermöglicht jährlich 200 000 Euro in Renovierung und Neubauten zu stecken (100 Zim-

mer). Dieser Nachteil besteht seit 23 Jahren. Alle Nachbarländer lachen über uns. Vor 30 Jahren haben sie unsere Konzepte abgeschaut und umgesetzt. Und erkannt, welche Stärken im Tourismus liegen: Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, Gehaltserhöhung. Es gibt vereinzelt Wirte, die eine Preissenkung nicht an den Endverbraucher weitergeben wollen. Einige arbeiten mit ‚Geiz ist geil‘, mit ‚all you can eat‘ für 9,99, um überhaupt Gäste zu bekommen. Das Durchschnittseinkommen liegt bei zirka 1500 Euro netto bei 60 Stunden pro Woche. Anderer Nachteil: GEZ Deutschland für 100 Zimmer sind 23 000 Euro – in Österreich 2800 Euro im Jahr. Wir brauchen die 7 % Mehrwertsteuer. Es stehen 450 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.“

Andreas Scheuerer
 Hoteldirektor
 Garmisch-Partenkirchen

Nullsummenspiel

„Strafsteuer und Entlastung“;
Leserbriefe 22. April

„Mit 125 000 Euro Jahreseinkommen brutto ist man nicht ein Reicher! Doch ein oder zwei Punkte mehr machen daraus keinen Armen. Unter Waigel musste man bei vergleichbarem Einkommen deutlich mehr Einkommenssteuer zahlen. Zum viel zitierten Handwerksmeister: Er war sicher pflichtversichert. Warum wird er mit ‚Unterstützung‘ der Regierung mit exorbitanten Nachzahlungen bestraft, wenn er zur alten Versicherung zurückwill? Ferner: Warum muss ein (Schein-)Selbstständiger in die private Krankenversicherung? Ferner ist nicht einzusehen, warum betriebssichernde Rücklagen der vollen Steuer unterliegen. In beiden Fällen ist saubere Regierungsarbeit notwendig, soll das

Handwerk fortbestehen. Die Gewerkschaftspolitik spielt unverblümt der Regierung in die Hände. Die laufenden Tarifabschlüsse waren zum Nachteil ihrer Klientel: mehr Lohn, mehr Steuerabgaben, dank Progression höhere Preise (auch mehr Steuern), ein Nullsummenspiel. Die Gewerkschaft muss zwingend ihre Politik umstellen auf mehr Netto vom Brutto. Ihr Gegner ist nicht der Arbeitgeber, sondern er sitzt in der Regierung. Früher kam der Staat, dank höchstmotivierter und qualifizierter Mitarbeiter, mit deutlich weniger Steuern für die zu bewältigenden Aufgaben aus. Heute werden diese Menschen abqualifiziert, weil man sich von Seiten der Regierung und Politiker nur noch auf den Rat und die Paratenden der Lobbyisten verlässt.“

Max Wagner
 Lenggries

Leicht durchschaubar

Basil Wegener: „Fehldiagnosen und unzureichende Qualität“, Interview mit Ingo Kailuweit“; Politik 20./21. Mai

„Herr Kailuweit versucht aufzuzeigen, dass Patienten mit den weit verbreiteten chronischen Diagnosen zu einem erschreckend hohen Anteil nicht gemäß den Leitlinien behandelt werden. Der Sinn und die Absicht hinter diesen Vorwürfen ist leicht durchschaubar: Kassenärzte klagen darüber, dass sie von den Kassen aufgefordert werden, die Diagnosen für ihre Patienten so zu verändern, dass verschlüsselbare chronische Krankheiten daraus werden. Dies hat für die Kassen den Vorteil, dass sie aus dem gemeinsamen Fonds für die 80 gelisteten chronischen Erkrankungen extra Gelder bekommen. Die wahre Absicht der öffentlichen Vorwürfe ist

also leicht durchschaubar. Auch verschweigt Kailuweit, dass die Behandlung nach Leitlinien zum einen nicht für jeden mehrfach erkrankten Patienten die optimale Behandlung ist, zum anderen zu einer fraglichen Billigmedizin führt, wie die Proteste der betroffenen Diabetiker bei den Analog-Insulinen aufzeigt. Wenn Ärzte fordern, dass mehr Geld in das System fließen muss, geht es dabei nicht um ihre Honorare. Wenn der Kassenchef mehr Transparenz bei der Qualität der ärztlichen Fortbildung fordert und sogar eine Zertifizierung, die den Zeitaufwand und die Kosten der Kassenärzte in die Höhe treibt, so ist er sich nicht bewusst, dass viele Ärzte Leistungen, für die sie teuer ausgebildet sind, gar nicht mehr abrechnen können.“

Dr. med. Gerhard Fleischner
 Schliersee
 Hartmannbund Miesbach